

Technische Universität Braunschweig
Institut für Sozialwissenschaft
Politikwissenschaft
Wintersemester 2006/07
31. Januar 2007

Politisches System und Wirtschaftspolitik

Priv.-Doz. Dr. Nils C. Bandelow
Vorlesung: „Einführung in das politische System der BRD“

www.nilsbandelow.de

Literatur

- Green, Simon/Paterson, William E. (eds.), 2005: Governance in Contemporary Germany. The Semisovereign State Revisited. Cambridge: Cambridge UP.
- Katzenstein, Peter J., 1987: Policy and Politics in West Germany. The Growth of a Semisovereign State. Philadelphia: Temple UP.
- Pilz, Frank/Hortwein, Heike, 2000: Das politische System Deutschland. München: Oldenbourg, S. 325-370.**
- Rudzio, Wolfgang, 2006: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 473-475.
- Schmid, Josef/Buhr, Daniel/Roth, Christian/Steffen, Christian, 2006: Wirtschaftspolitik für Politologen. Stuttgart: Schöningh

Fragestellungen

- Welche Optionen und Restriktionen bietet das deutsche politische System (Polity) für unterschiedliche wirtschaftspolitische Strategien (Politics)?
- Welche Auswirkungen hat das deutsche politische System (Polity) auf die Ergebnisse unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Strategien (Policy)?

Phasen der deutschen Wirtschaftspolitik*

- 1949 bis ca. 1966: Ordoliberalismus
- 1966 bis ca. 1974: Keynesianischer Interventionismus/Globalsteuerung
- 1974 bis ca. 1998: Bürgerliche Angebotspolitik/Standortpolitik
- 1998 bis ca. 2005: „Dritter Weg“, „Neue Mitte“

* Einordnung und Bezeichnungen sind z.T. in der Literatur strittig.

Der Ordoliberalismus (1949 bis ca. 1966)

*Elemente ordoliberaler
Wirtschaftspolitik*



Walter Eucken

- Monopolpolitik
- Steuerbasierte Korrektur der Einkommensverteilung
- Steuer- und beitragsfinanzierte Sozialpolitik
- Schutz der Naturquellen vor Raubbau

Der Ordoliberalismus (1949 bis ca. 1966)

Ergebnisse

- „Wirtschaftswunder“
- Politische Stabilität/Massenloyalität

Der Ordoliberalismus (1949 bis ca. 1966)

Polity, Politics und Policy

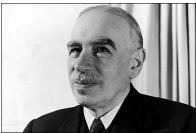
- Verhandlungsdemokratische Strukturen
Grundlage für die Verhinderung radikaler Positionen und kurzfristiger Politikwechsel?
- Verhandlungsdemokratische Strukturen
günstige Voraussetzung für politische Stabilität?

Der Ordoliberalismus (1949 bis ca. 1966)

Kritik an ordoliberaler Wirtschaftspolitik nach Walter Eucken

- Verteilungswirkung (wirtschaftlich)
- Machtkonzentration (politisch)
- Konjunkturschwankungen (Nachfrageausfall)

Keynesianische Globalsteuerung (ca. 1966 bis 1974)



Elemente keynesianischer Globalsteuerung

- ✓ Antizyklische Stabilisierungspolitik (theoretisch)
- ✓ Staatliche Bereitstellung von Gütern- und Dienstleistungen, die der Markt nicht ohne Mängel bereit stellt
- ✓ Umfassendes System sozialer Sicherung
- ✓ Einbindung von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden in die Politik

Keynesianische Globalsteuerung (ca. 1966 bis 1974)

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967



Franz-Josef Strauß Karl Schiller

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, dass sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

Keynesianische Globalsteuerung (ca. 1966 bis 1974)

Voraussetzungen keynesianischer Konzertierung 1



- ✓ Starke Sozialdemokratie
- ✓ Abhängige Zentralbank
- ✓ Starke Gewerkschaften
- ✓ Zentralisierte Gewerkschaften
- ✓ Zentralisierte Arbeitgeberverbände mit hohem Organisationsgrad

Keynesianische Globalsteuerung (ca. 1966 bis 1974)



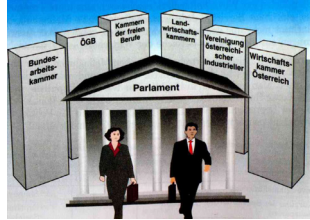
Voraussetzungen keynesianischer Konzertierung 2

- ✓ Institutionalisierte Formen der Einbindung der Tarifparteien in die Politik
- ✓ Konsenskultur
- ✓ Geringe Abhängigkeit von negativer Integration (EU)
- ✓ Einheit der Regierung
- ✓ Keine starke zweite Kammer
- ✓ Zentralismus

Keynesianische Globalsteuerung (ca. 1966 bis 1974)

Voraussetzungen keynesianischer Konzertierung 3

- ✓ Starke Verflechtung Regierung-Parlament
- ✓ Starke Verflechtungen Politik-Verbände
- ✓ Mehrheitswahlrecht
- ✓ Keine Stagflation
- ✓ Starker Binnenmarkt
- ✓ Großer öffentlicher Sektor



Keynesianische Globalsteuerung (ca. 1966 bis 1974)

Polity, Politics und Policy

- Keine vollständige Umsetzung einer keynesianischen Strategie in Deutschland
- Erfolgreiche Inflationsbekämpfung aber relativ hohe Arbeitslosigkeit
- Grundlegende politisch-institutionelle Hindernisse für erfolgreiche Globalsteuerung in Deutschland?

Keynesianische Globalsteuerung (ca. 1966 bis 1974)

Wirtschaftlich Kritik an keynesianischer Globalsteuerung

- Crowding Out
- Time Lag
- Empirische Befunde (Stagflation), keine Antwort auf Angebotsschock durch Ölpreiskrise
- Mittelstandsfeindlichkeit (Globalsteuerung bewirkt Zentralisierung)
- Globalisierung: Nachfrage verpufft ins Ausland

Bürgerliche Angebotspolitik (ca. 1975 bis 1998)

Elemente bürgerlicher Angebotspolitik

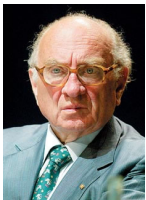


Milton Friedman

- Konzentration auf Preisstabilität
- Erweiterung der Freiräume für unternehmerische Initiativen
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kapitalbildung und Innovation
- Verbesserung der Flexibilität des Produktionsstandorts

Bürgerliche Angebotspolitik (ca. 1975 bis 1998)

Instrumente bürgerlicher Angebotspolitik



Otto Graf Lambsdorff, FDP, Bundeswirtschaftsminister 1977-1994

- Privatisierung (VEBA, VIAG, Volkswagen, Lufthansa)
- Deregulierung/Entbürokratisierung (Tarifrecht, Umweltschutz)

Bürgerliche Angebotspolitik (ca. 1975 bis 1998)

Ergebnisse bürgerlicher Angebotspolitik



Helmut Schmidt, SPD
Helmut Kohl, CDU

- Bis Ende der 1980er Jahre wirtschaftlicher Boom
- Weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit
- Weiterer Anstieg der Staatsverschuldung
- Sinkende Lohnquote, Ausweitung der Gegensätze von Arm und Reich

Bürgerliche Angebotspolitik (ca. 1975 bis 1998)

Voraussetzungen für bürgerliche Angebotspolitik

- ✓ Starkes bürgerliches Lager
- ✓ Einheitliches bürgerliches Lager
- ✓ Radikales bürgerliches Lager
- ✓ Geringe horizontale Gewaltenteilung
- ✓ Schwache Gewerkschaften

Bürgerliche Angebotspolitik (ca. 1975 bis 1998)

Polity, Politics und Policy

- Institutionelle Hindernisse verhinderten radikale Umsetzung?
- Geringes Wirtschaftswachstum und hohe Arbeitslosigkeit vor allem nach der Aufnahme der FNL

Bürgerliche Angebotspolitik (ca. 1975 bis 1998)

Kritik an bürgerlicher Angebotspolitik

- Verteilungswirkung (Lohnquote)
- Wachstumsorientierung (Umwelt)
- Vernachlässigt Nachfrageseite
- Empirische Erfahrung aus den 80er Jahren
- Beschäftigungsschwelle (technischer Fortschritt) - Rationalisierungsinvestitionen

Dritter Weg (1998 bis ca. 2005)

Instrumente des Dritten Wegs



Anthony Giddens

- Aktivierender Sozialstaat
- Einbindung der Spitzenverbände von Gewerkschaften und Arbeitgebern bei konzertierten Politikprogrammen
- Investition in Humankapital
- Bessere Verzahnung von Bildung und Ausbildung mit den Anforderungen der Wirtschaft
- Senkung der Unternehmenssteuern

Das Bündnis für Arbeit

(Einladung von Bundeskanzler Schröder vom 28.11.1998)

Staat	Arbeitgebervertreter	Arbeitnehmervertreter
1. Gerhard Schröder (Bundeskanzler)	1. Hans-Olaf Henkel (BDI)	1. Dieter Schulte (DGB)
2. Oskar Lafontaine (Finanzminister)	2. Dieter Hundt (BDA)	2. Klaus Zwickel (IG Metall)
3. Werner Müller (Wirtschaftsminister)	3. Hans Peter Stihl (DIHT)	3. Hubertus Schmoldt (IG Bergbau, Chemie, Energie)
4. Walter Riestler (Arbeitsminister)	4. Dieter Philipp (ZDH)	4. Herbert Mai (ÖTV)
5. Andrea Fischer (Gesundheitsministerin)		5. Roland Isen (DAG)

Dritter Weg (1998 bis ca. 2005)

Spezielle Probleme in Deutschland

- ⊗ Hindernisse durch Vetospieler? (vor allem in der Sozialpolitik, aber auch in der von den Ländern mitverantworteten Bildungspolitik)
- ⊗ Unsichere Akzeptanz bei der Basis der SPD?
- ⊗ Fehlende Verpflichtungsfähigkeit und Einflussverlust der Tarifparteien,
- ⊗ Vorgaben durch Stabilitätspakt der Euro-Teilnehmerstaaten

Wirtschaftspolitik im politischen System der BRD

Fazit

- Verbreitete These institutioneller Hindernisse für erfolgreiche Wirtschaftspolitik
- Viele mögliche Hindernisse gegen nachfrageorientierte Globalsteuerung (Föderalismus, Zentralbankautonomie, unzureichender Korporatismus...)
- Viele mögliche Hindernisse gegen angebotsorientierte Standortpolitik (Vetospiele, politische Kultur...)
- Viele mögliche Hindernisse gegen „Dritten Weg“ (Vetospiele, politische Kultur...)
- ❖ Warum geht es dem vereinigten Deutschland dann eigentlich wirtschaftlich nicht viel schlechter?